

Lukas Reimann

Ich wunderte mich schon als ich die Vertragswerke bestellte. Ich bekam nämlich auf die Bestellung beim Bundesrat hin ein ganzes Paket voller Videos, CD-Roms, Flugblätter u.s.w. (zeigen) für die Verträge. Alles mit unseren Steuergeldern bezahlt. Ganz nebenbei wurde erwähnt, die Verträge selbst würden 25.60.- kosten und diese könne ich nicht beim EDA bestellen. Auch die Abstimmungsbroschüre (zeigen), die sie bereits erhalten haben, ist skandalös und befasst sich nur auf einer Seite mit den Nachteilen. Umso mehr befasste ich mich daraufhin mit den Verträgen, denn ich wollte wissen, was in diesem geheimnisvollen 1000seiten umfassenden Abkommen steckt, welches man offenbar vor dem Volke fernhalten will.

Ich ackerte also den mühsamen Text durch und merkte: Die Abkommen führen uns in die EU, sind für immer, bringen eine Masseneinwanderung, Arbeitslosigkeit und ein Bauernsterben. Zudem sind sie extrem teuer, bringen der Wirtschaft nichts und dem Gewerbe Nachteile und sie verschenken die Bildung – der Rohstoff Nr.1 der Schweiz – ans Ausland.

Im folgenden möchte ich auf die 7 Dossiers eingehen und Ihnen den Inhalt kurz erläutern. Ich kann in der kurzen Zeit leider lange nicht auf alle Details und vorallem auf alle Nachteile eingehen:

Landwirtschaftsabkommen

Im Landwirtschaftsabkommen wird der Landwirtschaftsmarkt liberalisiert und Zollschränken fallen weg. Die Schweiz darf mit den Abkommen 50% der landwirtschaftlichen Güter zollfrei in die EU exportieren und auf 50% wird weiter Zoll erhoben, die EU darf aber 80% ihrer landwirtschaftlichen Güter zollfrei in die Schweiz exportieren! Unter diesen 50% der Zollfreiengüter sind zum Beispiel Pulver von Ananassaft, Limonenfrüchte usw. die die Schweiz exportieren darf! Haben sie schon mal eine Ananasplantage in der Schweiz gesehen?

Die Folgen für die Schweizer Bauern dieses Dossies sind schwerwiegend:

Das Bauernsterben in der EU würde auch die Schweiz anstecken. Experten sprechen von einer Halbierung der Bauernbetriebe in der Schweiz. Es gäbe einen enormen Konkurrenzdruck durch Billigprodukte aus dem Ausland. Bauern im EU-Flachland haben grössere Betriebe und können billiger produzieren. Wenn die Schweizer Bauern mit den EU-Produkten mithalten möchten, müssten sie die landwirtschaftlichen Produkte unter dem Selbstkostenpreis verkaufen.

Der Selbstversorgungsgrad von Nahrungsmitteln beträgt lediglich bei den Milchprodukten über 100%. In allen anderen Sparten können die Landwirte bereits heute ihre Produkte vollständig in der Schweiz absetzen. Wo sie dies in der EU zu Spottpreisen tun möchten, ist mir nicht klar. Jedenfalls rettet Qualität, die im EU-Raum niemand bezahlen kann, keinen Betrieb.

Wir werden durch die Verträge den Landwirtschaft massiv schaden, strengere und sinnlosere EU-Vorschriften bekommen, unseren hohen Ökologie- und Qualitätsstandard über Bord werfen und den Eigenversorgungsgrad noch weiter verkleinern.

Ist nicht die SVP die Partei, die für die schweizer Landwirtschaft einsteht?

Personenfreizügigkeit

In der Schweiz sind nur 2,3% arbeitslos, während es in der EU 11,5% sind. Mit dem freien Personenverkehr können die mindestens 15 Mio. EU-Arbeitslosen bei uns 6 Monate lang Arbeit suchen. Wenn nur 2% der EU-Arbeitslosen dies auch tun, so haben wir auf einen Schlag und ganz legal 300'000 Arbeitssuchende in der Schweiz, die dann erst noch billiger arbeiten würden. Dies würde zu Überfremdung, Lohndruck, Arbeitslosigkeit und zunehmender Kriminalität führen.

Wenn ein EU-Ausländer einen Arbeitsvertrag für nur einen Tag aufweist, so darf er auch gleich die ganze Familie nachziehen sowie von ihm versorgte Angehörige. Wohnknappheit, Mietzinsaufschläge und steigende Schul- und Sozialkosten sind die Folgen.

Wenn ein solcher EU-Ausländer dann in der Schweiz arbeitslos würde, so könnte er dank dem Nichtdiskriminierungsartikel in den Verträgen Geld wie wir beziehen. Dies gilt auch für andere Kassen, wie die Invalidenversicherung. Auch eine Rückschaffung wäre durch diesen Artikel unmöglich. Die Kosten sind enorm und Steuererhöhungen unumgänglich.

Wenn dann auch noch die EU-Ostererweiterung dazukommt, ist die Schweiz der Masseneinwanderung vollkommen ausgeliefert.

Es sei in Erinnerung gerufen, dass uns nur 1% Arbeitslose mehr, 1,5 Milliarden Franken pro Jahr kostet!

Der Vorrang der Einheimischen geht vollkommen verloren und trotz negativem Volksentscheid würde der Lex Friedrich also Landverkäufe an Ausländer weiter gelockert.

Auch für die Jugend hätten die Verträge grosse Nachteile, da die schweizer Qualitätsdiplome einfach mit allen anderen Eu-Diplomen gleichgesetzt würden. So wäre zum Beispiel die CH-Matur, die 20% der Jugendlichen macht, gleichviel wert wie der von Frankreich mit 80%. Auch Unis würden überfüllt und es müsste der numerus clausus eingeführt werden.

Ist nicht die SVP die Partei, welche gegen Kriminalität, Überfremdung und für den Schutz der schweizer Arbeitnehmer kämpft?

Landverkehr

Das Verkehrsabkommen verlangt die Zulassung der 40-t-Lastwagen. Täglich werden 2000 zusätzliche schwere Brummis durch unser Land donnern. Unsere Autobahnen sind für 28-Töner gebaut. Was früher für die Panzer der CH-Armee (40t) galt, Autobahnbrücken nur einzeln zu passieren, gilt heute für die 40Töner bei den gleichen Brücken nicht mehr. Der Aufwand für Reparaturen unseres Strassennetzes wird Milliarden verschlingen. Für die Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene muss das Schweizer Volk jedes Jahr 2,8 Milliarden Franken bezahlen. Gemäss Berechnung des Informationsdienstes für den öffentlichen Verkehr (LITRA) beträgt der kostengerechte Tarif für eine Lastwagenfahrt von Basel nach Chiasso 1360 Franken. Die Eu hat diesen Preis auf 325 Franken heruntergedrückt. Wir dummen Schweizer bezahlen somit für jede Transitfahrt eines EU-Lastwagens 1000

Franken.

Die Lastwagenlawine führt zu noch mehr Stau, Lärm und Unfällen.

Ist die SVP nicht diese Partei, welche sich für eine effiziente Verkehrspolitik und die Autofahrer einsetzt?

Luftverkehr

Das Luftverkehrsabkommen war bisher das einzige unumstrittene. Doch auch hier gibt es Nachteile. Die Swissair kann so noch mehr ausländisches Billigpersonal einstellen. Mir passierte es schon, dass ich mit der Crossair nach London flog und niemand vom Personal deutsch sprach.

Zudem wird das Personal durch die zusätzlichen Flüge der Swissair innerhalb ausländischer Destinationen, welche wohl kaum einen finanziellen Nutzen bringen, noch härter belastet und von der Familie getrennt.

Die gefährdet die Flugsicherheit.

Ist nicht die SVP die Partei, die eine wirkungsvolle Wirtschaftspolitik vertritt und sich für Sicherheit einsetzt?

Handelshemmnisse

Es soll alles wirtschaftsfeindliche aus dem Weg geräumt werden. Darunter leiden müsste der Mittelstand und profitieren würden die EU-Millionenkonzerne. Ein Beispiel sei erwähnt:

Wenn die Schweiz Hormonfleisch oder Gennahrung verbieten möchte, so ist dies ein technisches Handelshemmnis und wäre nicht möglich.

Ist nicht die SVP die Partei der Konsumenten und des Mittelstandes?

Öffentlicher Beschaffungsmarkt

Mit dem Dossier öffentlicher Beschaffungsmarkt soll weiter globalisiert werden und die Multis sollen profitieren.

Folgende Fakten gilt es zu bedenken:

-Jede Gemeinde und Stadt so z.B. St.Gallen sollen zukünftig von Brüssel gezwungen werden, dem europaweit billigsten Anbieter Arbeitsaufträge zu vergeben. Wenn nicht, drohen Schadenersatz und Bestrafung durch den Eu-Gerichtshof.

-Dienstleistungen und Güter im Wert von mehr als 380'000 Franken und Bauaufträge von mehr als 9,5 Mio. Franken müssen unsere Städte und Gemeinden in der ganzen EU in allen Sprachen ausschreiben. In Berlin arbeiten durch dieses Gesetz 140'000 Portugiesen alleine auf dem Bau.

-Wer dann beispielsweise die NEAT baut ist klar, es sind nicht wir Schweizer. Doch wer bezahlt unserem Personal die Löhne und die AHV, wenn billigste EU-Anbieter hier

zugelassen werden und unsere KMU-Betriebe, die nicht international sind, unter ruinösem Preisdruck zu Grunde gehen?

-Zudem sind 99% aller Unternehmungen KMU's und nur 1,8% davon tätigen laut Bundesamt für Statistik exporte bzw. Importe mit der EU. Genau diese KMU's, die für die schweizer Wirtschaft enorm wichtig sind, werden nur Nachteile durch die Verträge haben.

Ist nicht die SVP, die Partei des Gewerbes?

Forschung

Im Forschungsossier sollen 205 Millionen jährlich in irgendwelche unbedeutende EU-Forschungsprojekte gesteckt werden. Selbst Nobelpreisträger sind der Meinung, dass dieses Geld besser in Schweizer Projekte angelegt ist, wo beispielsweise Unis das Geld für Forschung und Lehre dringend brauchen könnten.

Die Schweiz ist bereits heute nach den USA der Forschungsstandort Nr.2 der Welt. Geben wir diesen nicht an die EU ab.

Ist nicht die SVP die Partei, welche sich unnötigen Zahlungen in die korrupte EU widersetzt?

Was noch nicht erwähnt wurde, ist dass die Verträge uns in die EU führen. Mit den Verträgen werden wichtige Beitrittschancen für einen EU-Beitritt ausgeschaltet und es ist kein Zufall, dass sich Euroturbo, Bundesrat, Gewerkschaften und SP so stark für die Verträge machen. Sie sehen darin nämlich den ersten grossen Schritt Richtung EU und gaben dies auch öffentlich zu. Im Vernehmlassungsbericht ist nachzulesen auf Seite 13 Artikel 1.2.5: „Die Schweiz übernimmt in der Substanz etwa die gleichen Bestimmungen wie im Falle eines EU-Beitritts (partielle Vollintegration).

Würden die Verträge allerdings abgelehnt, so hätte ein EU-Beitritt wohl für Jahre keine Chance mehr.

Unter dem Begriff „bilaterale Verträge“ wird dem Volk bewusst ein sektorieller EU-Beitritt verschleiert, da man wüsste, dass die direkte Formulierung keine Chance hätte.

Einige Beispiele von Aussagen des Bundesrates:

Bundesrat Deiss: in der Handelszeitung: Das Beitrittsziel bleibt gleich.....und weiter.....der nächste Schritt ist der EU-Beitritt.

Bundesrätin Dreifuss im Spiegel: Der Bundesrat hat die Kompetenz, Verhandlungen über den EU-Beitritt von sich aus aufzunehmen. Wir haben die Absicht, diesen Schritt zu tun, sobald die bilateralen Verträge in einer Volksabstimmung angenommen worden sind.

FDP-Nationalrat Marc Suter in der Europazeitung Courage: Die Sektoriellen Abkommen wollen, dass EU-Gegner mit dem Argument zustimmen können, damit sei die Frage des EU-Beitritts vom Tisch gewischt. Für die Proeuropäer baut ein Ja zu den sektoriellen Verträgen mit dem freien Personenverkehr und dem Landverkehr zwei wesentliche Hindernisse ab, die uns dann bei der Beitrittsabstimmung keine Bauchschmerzen mehr bereiten dürften.

Die flankierenden Massnahmen, welche die Arbeitnehmer vor billigeren EU-Arbeitern schützen sollen, sind von der EU noch nicht angenommen. Wenn wir an Österreich denken, so werden diese auch nie angenommen. Sie würden zudem ohnehin nur befristet gelten.

Die hochgelobte 7-Jahres-Klausel ist ebenfalls nur ein Mittel, um die Stimmbürger zu einem Ja zu bringen.

In sieben Jahren werden die Verträge bereits soweit fortgeschritten sein, dass wir niemals mehr die Chance hätten, die Verträge einfach zu kündigen. Zudem könnten wir nur alle oder keinen Vertrag kündigen und bei der Kündigung von allen Verträgen wären wir effektiv isoliert.

Die Kosten sind viel zu hoch und in Milliardenhöhe jährlich. Die genauen Zahlen verschweigt uns der Bundesrat. Trotz neuen Abgaben, einer EU-Mehrwertsteuer (15%) und Steuererhöhungen werden die Sanierung der Bundesfinanzen und der Erhalt der AHV verunmöglicht.

Die Schweiz ist heute nicht isoliert, sie steht mit der ganzen Welt und der EU in regem Austausch. Unsere Wirtschaft blüht. Dazu brauchen wir diese schlecht verhandelten bilateralen Verträge nicht. Die WTO, EFTA und MIA-Verträge reichen vollkommen aus und zudem wäre die EU für einen so einseitig vorteilhaften Vertrag bestimmt jederzeit wieder zu haben. Es stimmt, die SVP wollte nach dem EWR bilaterale Verträge, aber nicht um jeden Preis und bestimmt nicht zu diesen Preis. Sollte es mit den SVP-Wahlsiegen so weitergehen, haben wir ohnehin bald eine fähigere Regierung, die bessere Verträge aushandeln könnte.

Fazit:

Frau Merkel, CDU Deutschland, sagte es bereits in einem Radiointerview: Das NEIN der Schweiz zu den Bilateralen, bedeutet den Anfang vom Ende der EU!

Würden die Verträge angenommen, so könnte die SVP mit einem Nein immer noch darauf hinweisen, dass sie das Volk vor den Folgen warnte. Die SVP bei einer so schwerwiegenden Abstimmung nicht einfach einen Rückzieher machen und den Mittelstand im Stich lassen. Hier sei an das Leitmotiv eines SVP-Ständerates aus dem Aargau erinnert: "Nicht die Kämpfe, die wir verlieren, sondern die Kämpfe, die wir gar nicht führen, sind unsere Niederlagen."

Die Verträge brächten dem Volk riesige und unwiderrufliche Nachteile. Genau dies, was die SVP bisher erfolgreich bekämpfte würde mit diesen Verträgen durchgesetzt. Die Schweiz verliert in 7 Kernbereichen ihre Handlungsfähigkeit. Mit den Verträgen übernehmen wir hunderte Seiten von EU-Gesetzen und würden durch verschiedene Artikel auch an die EU gebunden. Auch gewisse Initiativen, die gegen die Verträge und zuungunsten der EU wären, müssten einfach für ungültig erklärt werden so z.B. eine Asylinitiative.

Die Zukunft der Schweiz, meine Damen und Herren, liegt in der Selbstbestimmung, Demokratie, Freiheit und Unabhängigkeit – nicht aber in einem von der EU drangsalierten Satelittenstaat.

Haben wir den Mut zur Schweiz und zur Zukunft und gewährleisten wir dies mit einem überzeugten NEIN.